

21.03.2018 **Einrichtung einer Zentralen Ausländerbehörde in Coesfeld**

Sprechzettel zur Debatte im Kreistag – es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Den ministrierenden, fußballspielenden Senegalesen wird man nicht mehr los.“ Diese flüchtlingspolitische Offenbarung des Andreas Scheuer markiert im Umkehrschluss die wahre Intention der derzeitigen regierungsamtlichen Flüchtlingspolitik: **Wie werden wir die Flüchtlinge möglichst schnell wieder los?**

So setzt sich jetzt fort, was unselig im Sommer 2014 begann. Im Sommer 2014 war der damalige UN-Flüchtlingskommissar zu Gast im Kanzleramt bei Frau Merkel. Mit gebotener Artigkeit bat er um 500 oder zumindest um 300 Mio. € um den Lebensunterhalt der Flüchtlinge in und um Syrien sicher zu stellen. Aber: die schwarze Null musste stehen, also verließ Herr Guterres das sommerheiße Berlin zwar mit guten Wünschen, aber leeren Taschen. In der Folge flohen viele Flüchtlinge (Nach dem Motto: „Was besseres als den Tod finden wir überall.“) aus den dortigen Flüchtlingslagern. Viele von ihnen fanden 2015 und 2016 Zuflucht in unseren Turnhallen oder Zeltstädten. Mit der Betreuung der Flüchtlinge kamen die hauptamtlichen und die ehrenamtlichen Helfer schnell an ihre Grenzen. Das BAMF war mit der fachgerechten Bearbeitung der Asylträge überfordert. Das kurzfristig rekrutierte neue Personal erhöhte offenkundig nicht die Bearbeitungsqualität.

- Inzwischen hat die Migrationswelle auch das Bundesverwaltungsgericht erreicht: 400.000 Eingänge in 2017, bei gleichem Personalstand.
- Bei den Verwaltungsgerichten in NRW hat sich die Zahl der Asylverfahren seit 2013 verachtfacht. Die Belastungsquote liegt jetzt bei 70%.
- 90 % der abgelehnten Asylanträge werden vor den Verwaltungsgerichten beklagt, 44% davon mit Erfolg, sagt die Bundesregierung!
- Bei 1 % dieser Entscheidungen legt das BAMF Rechtsmittel ein.

All diese Zahlen belegen: Unsere Verwaltungen und Gerichte sind mit der Bearbeitung der Asylanträge überfordert sind. Eine Überprüfung der Strukturen ist daher folgerichtig und erforderlich. Aber: ist die Einrichtung einer weiteren Behörde zur Rationalisierung der Abschiebung der richtige Schritt?

Derzeit leben in Deutschland noch etwa 230.000 ausreisepflichtige Menschen, von denen ca. 165.000 eine Duldung haben. Abgeschoben wurden 2017 ca. 22.000 Menschen. „Weil es bei Abschiebungen um komplizierte rechtliche Fragen geht, weil viele Asylbewerber aus Staaten kommen, in denen Krieg herrscht, lässt sich an den Zahlen auch mit ehrgeizigen Beamten und großem politischen Nachdruck nicht so schnell etwas ändern. (...) Weil es immer weniger vergleichsweise einfache Asylfälle aus den Balkan-Staaten gibt, wird die Anzahl der Abschiebungen weiter zurückgehen. Abschiebungen rechtssicher zu machen ist, anstrengende ‚händische Arbeit‘, das heißt, die Beamten müssen sich intensiv um jeden Einzelfall kümmern. Die Bevölkerung hat oft

den Eindruck, dass die falschen abgeschoben werden“. So schreibt die FAZ am 10.03.! Gerade zu dem letzten Satz verweise ich wieder auf den fußballspielenden, ministrierenden Senegalesen.

Mit der Einrichtung der ZAB in Coesfeld soll eine Behörde geschaffen werden, die sich um eine kleine Minderheit der Flüchtlinge kümmert. Um die alltägliche Betreuung der Mehrheit der Flüchtlinge sollen sich weiter die ehrenamtlichen Helfer bemühen. In BaWü konzentriert sich Innenminister Strobl inzwischen auf die kleine Gruppe von Ausländern, die großen Schaden anrichten. Im Blickpunkt stehen Mehrfachstraftäter. Eine Strategie, die auch von den dortigen Flüchtlingshelfern begrüßt wird.

Die Einrichtung einer ZAB stellt aber eben nicht eine Überprüfung bisheriger Strukturen und Abläufe dar. Die Einrichtung der ZAB bedeutet auch keine Entlastung unserer ehrenamtlichen Helfer in den örtlichen Flüchtlingsinitiativen – auch wenn Sie, Herr Lütkecosmann, es so darstellen. Sie ist, in Verbindung mit anderen großkoalitionären Maßnahmen, der Versuch, die Asylverfahren auf „Teufel-komm-raus“ weiter zu beschleunigen. Weiter so - aber schneller! Im Mittelpunkt dieser Politik steht das Ziel, die „Schlagzahl“ zu erhöhen, es geht darum, mehr Flüchtlinge wieder außer Landes zu bringen.

Meine Damen und Herren von der CDU: „Migranten und Flüchtlinge sind keine Figuren auf dem Schachbrett der Menschheit. Es geht um Kinder, Frauen und Männer, die aus verschiedenen Gründen ihre Häuser verlassen oder gezwungen sind, sie zu verlassen; Menschen, die den gleichen legitimen Wunsch haben, mehr zu lernen und mehr zu besitzen, vor allem aber mehr zu sein.“ Soweit Papst Franziskus. (Botschaft zum Welttag der Migranten und Flüchtlinge am 19. Januar 2014)

Wir leben in einem Rechtsstaat! Aber:

1. Die Verfahren, an deren Ende nun eine vollziehbare Ausreisepflicht steht sind - auch aufgrund der beschriebenen Überforderung - nicht durchgängig rechtsstaatlich und human betrieben worden. Es darf daher vielfach die Rechtmäßigkeit der Ausreisepflicht und damit der Abschiebung bestritten werden. In so einer Situation sind Abschiebungen nicht vertretbar, zumal vielfach Menschen klar in die Gefahr des Todes geschickt werden.
2. Die Ehrenamtlichen und auch die Ausländerbehörden werden schon entlastet, wenn die Flüchtlinge lange in Erstaufnahmeeinrichtungen kaserniert werden, da eine Zuteilung auf die Gemeinden vielfach dann nicht erfolgt. Dort werden sie aber von neutraler Beratung ferngehalten! So, wie aber die Asylverfahren ausgestaltet und in der Praxis gelebt werden, kommt dass einem Entzug eines rechtsstaatlichen Verfahrens bis zur Durchsetzung der Ausreisepflicht gleich. Die zu großen Teilen erfolgreichen Klagen werden ja in der Regel erst mit Unterstützung Ehrenamtlicher erhoben. Wenn man diese Unterstützung jetzt unterbindet, würde schlicht weniger geklagt. An der Rechtswidrigkeit vieler Bescheide würde das aber nichts ändern.

„Nach christlichem Verständnis ist der Mensch ein Geschöpf und Abbild Gottes. Daraus leitet sich seine Würde und die Unverletzlichkeit seines Lebens ab.“ (<https://www.caritas.de/glossare/christliches-menschenbild>) Meine Damen und Herren von der CDU, ich habe große Zweifel, dass die Flüchtlingspolitik, die mit den AnKER-Einrichtung einen noch schärferen Zungenschlag bekommt, diesem Christlichen Menschenbild, wie es die Caritas formuliert hat, auch nur im Ansatz Rechnung trägt. Ich kann nicht erkennen, dass diese Flüchtlingspolitik auch nur im Ansatz mit Christlicher Nächstenliebe in Verbindung zu bringen ist. Das ZAB in Coesfeld wäre ein weiteres Rädchen im groben Räderwerk einer inhumanen Flüchtlingspolitik. Zu einer solchen Politik sagen wir GRÜNEN weder Ja noch Amen.

Norbert Vogelpohl